

# So hart trifft Corona die Wirtschaft

**Konjunktur** Kurzarbeit, schwierige Auftragslage und Unsicherheiten: Politiker und IHK-Vertreter sprechen über die Folgen der Pandemie. Wie es auf dem Lehrstellenmarkt aussieht

**Kaufbeuren/Ostallgäu** Wie wirkt sich die Corona-Pandemie auf die konjunkturelle Lage in Kaufbeuren und im Ostallgäu aus? Und wie sieht der Blick auf das kommende Jahr aus? Darüber sprachen der Allgäuer Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke, seine Landtagskollegen Angelika Schorer und Franz Josef Pschierer sowie Kaufbeurens Oberbürgermeister Stefan Bosse (alle CSU) mit Vertretern der IHK-Regionalversammlung Kaufbeuren/Ostallgäu. An dem wirtschaftspolitischen Gespräch nahmen der Vizepräsident der IHK Schwaben Gerhard Schlichtherle, Peter Leo Dobler, Vorsitzender der IHK-Regionalversammlung Kaufbeuren/Ostallgäu, und der neue Regionalgeschäftsführer Björn Athmer teil.

Wie Schlichtherle sagte, habe sich die regionale Wirtschaft im dritten Quartal noch sehr optimistisch gezeigt. Nach dem größten Wirtschaftseinbruch der Nachkriegszeit im Frühsommer, habe man in den Monaten Juli bis September das Minus teilweise ausgleichen können. Die im November gestartete IHK-Blitzumfrage habe allerdings ein deutlich getrübtetes Bild gezeigt. Die Unternehmen berichteten, dass Nachfrageprobleme, die Stornierung von Aufträgen und coronabedingt ausfallende Mitarbeiter derzeit die schmerzhaftesten und häufigsten Auswirkungen von Corona auf die Wirtschaft seien. Die Auftragslage sei nach wie vor sehr beeinträchtigt. Dies beklagen vor al-

lem Betriebe des Einzelhandels, die Automobilzulieferer sowie natürlich der gesamte Bereich des Tourismus, der Veranstaltungs- und Kulturwirtschaft und des Gastgewerbes.

„Unterbrochene Lieferketten und logistische Engpässe machen unter anderem dem Baugewerbe zu schaffen“, bestätigte Dobler. Die Kommunen seien mit ihren öffentlichen Investitionen eher zurückhaltend, privat werde aber mehr denn je investiert. Die Abgeordneten betonten, dass der Bund und der Freistaat die Gewerbesteuer ausfälle 2020 der Kommunen mit umfangreichen finanziellen Mitteln vollständig kompensiert habe und sich der kommunale Finanzausgleich in Bayern für 2021 mit über zehn Milliarden Euro auf dem Rekordniveau von 2019 halte. Deshalb sei man optimistisch, dass auch die Zahl der Aufträge aus der öffentlichen Hand wieder ansteigen, so die Politiker. Bosse zeigte sich dagegen deutlich skeptischer, da die Einbrüche für die Kommunen erst 2021 sichtbar würden. Daher sei eine vorsichtige Finanzplanung wichtig.

## Planungsunsicherheit beklagt

Insgesamt waren sich die IHK-Vertreter einig, dass viele Maßnahmen der Politik sehr gut und zielführend gewesen seien. Dies hätten auch die Unternehmen in Schwaben im Zuge der Umfrage bestätigt. 26 Prozent gaben an, die Novemberhilfe des Bundes in Anspruch genommen zu haben und sogar 89 Prozent, auf das Instrument der Kurzarbeit zuge-



**Keine Ausbildungsmessen, Zurückhaltung bei den Unternehmen: Die Zahl der Lehrverträge ist heuer gesunken.** Symbolfoto: Marcus Merk

griffen zu haben. Letzteres, so betonten alle, habe maßgeblich dazu beigetragen, die Fachkräfte in den Betrieben halten zu können. Die Verlängerung der Kurzarbeit bis Ende 2021 begrüße man seitens der IHK ausdrücklich. Auch die Koppelung des Ersatzes der Sozialversicherungsbeiträge an Weiterbildungsmaßnahmen ab Mitte des nächsten Jahres sei sinnvoll. Das derzeit größte Problem mit Blick auf die Pandemie sei die fehlende Planungssicherheit, betonte Schlichtherle. Diese erschwere das Anfahren der Wirtschaft und die Investitions-

bereitschaft. Dobler wünschte sich, dass die Gesundheitsämter in den verschiedenen Landkreisen ihre Corona-Maßnahmen mit Blick auf die Festlegung von Kontaktpersonen und Quarantänezeiten besser abstimmen und vereinheitlichen.

Zur Situation am Lehrstellenmarkt berichtete Athmer, dass derzeit rund 11,5 Prozent weniger Ausbildungsverträge in Schwaben geschlossen wurden als noch 2019. Auf einen Azubi kämen im Schnitt fast zwei Lehrstellen. Jedoch seien trotz der Krise die Unternehmen gerade auch im Allgäu nach wie vor bereit,

auf den Fachkräftenachwuchs zu setzen und daher auszubilden. Die seit Jahren bestehende Herausforderung, eine Lehre anstelle eines Studiums als geeigneten Ausbildungsweg zu etablieren, habe sich durch die Pandemie noch verschärft.

„Die Generation der jungen Leute, die im kommenden September ihre Ausbildung beginnen, dürfe nicht zu den Verlierern der Corona-Krise werden“, betonten die Politiker. Dass ein Großteil der heimischen Unternehmen mit viel Kreativität der Pandemie zum Trotz dennoch in Kontakt mit ihren potenziellen Lehrlingen bleiben und Schnupperwochen oder Praktika anbieten, hoben die Politiker anerkennend hervor.

„Die Pandemie wird uns weiter in Atem halten. Dabei lassen wir Unternehmen, Selbständige und die Beschäftigten in dieser schweren Zeit nicht allein“, bekräftigten die Politiker. Die Überbrückungshilfen für die Wirtschaft wurden bis Mitte 2021 verlängert und können von Unternehmern und Soloselbständigen in Anspruch genommen werden. Für die Novemberhilfe seien bundesweit zwischenzeitlich mehr als 140 000 Anträge eingegangen. Die Abschlagszahlungen bis zu 10 000 Euro würden zügig ausbezahlt und zukünftig auf bis zu 50 000 Euro erhöht. Allein der Bund stelle für die Novemberhilfe rund 15 Milliarden Euro zur Verfügung und für die Dezemberhilfe sogar rund 18 Milliarden Euro. (az)